

Jänner 2025

GEOPOLITIK UND REGIONALE KONFLIKTE IM JAHR 2025

Die internationale Ordnung blieb 2024 instabil und der Konflikt zwischen konkurrierenden Systemen globaler Ordnung verschärfte sich weiter. Da viele Akteure von dieser Situation profitieren, waren die Möglichkeiten des internationalen Krisenmanagements eingeschränkt. Das Jahr 2024 endete schließlich aus geopolitischer Perspektive mit dem plötzlichen Sturz von Bashar al-Assad. Syrien verdeutlichte einmal mehr, dass Konflikte unberechenbar bleiben. Mit dem Fall des Assad-Regimes änderte sich die geopolitische Lage im Nahen Osten. Der Iran geht als großer Verlierer vom Feld und durch den Verlust des Marinestützpunkts Tartus hat auch Russland einen schweren Rückschlag erlitten. Europa sieht sich mit einem neuen Regime konfrontiert und muss sich der Migrationsfrage stellen. Unterdessen rückt Russland in der Ukraine weiter vor. Ernsthafte Gespräche über einen Waffenstillstand sind vorerst nicht in Sicht. Wie sich die US-Außenpolitik unter Trump gestalten wird, bleibt aber abzuwarten. Das gilt für Verhandlungen mit Russland und der Ukraine wie auch am Westbalkan, wo die USA und Europa sich mit anti-westlichen und nationalistischen Tendenzen konfrontiert sehen. Aber nicht nur in der direkten Nachbarschaft, auch in Afrika werden die europäischen Interessen 2025 durch diese Akteure weiter herausgefordert. Im Kampf um die globalen Führungsrollen setzen alle Akteure verstärkt auf hybride Maßnahmen unterhalb der Schwelle bewaffneter Konflikte. Außer Frage steht, dass dabei KI und Deepfakes 2025 vermehrt eingesetzt werden und Fakten von Desinformation immer schwieriger zu trennen sind. Hier eine vorsichtige Vorschau auf 2025.

Umbruch im Nahen Osten

Walter Posch

Der Fall des syrischen Regimes am 8. Dezember 2024 kam überraschend. Die moderaten Worte des neuen Regierungschefs Ahmad al-Sharaa wurden im Westen mit Erleichterung aufgenommen. Seine Vergangenheit mit der Al-Qaida ist in der internationalen Politik kein Faktor mehr. Die Einnahme von Damaskus durch die Syrische Befreiungsbewegung HTS ist in erster Linie ein Erfolg der Türkei und ihrer Verbündeten, die sie und andere islamistische Gruppen jahrelang gesponsert haben. Der türkische Einfluss erstreckt sich über den größten Teil des Landes,

nicht jedoch über die Kurdengebiete, die von den mit den USA verbündeten Syrischen Demokratischen Kräften gehalten werden. Ankara hat bereits angekündigt, den Druck auf dieses kurdisch dominierte Selbstverwaltungsgebiet zu erhöhen. Der zweite Nutznießer des Sturzes Assads ist Israel, das sofort die syrische Luftabwehr, und den Hafen von Tartus bombardierte sowie die gesamten Golanhöhen einnahm. Ebenso zufrieden können Katar, die VAE und Saudi-Arabien sein.

Eine schwere strategische Niederlage musste Russland einstecken. Moskau verliert mit

dem Kriegshafen in Tartus und dem Flughafen von Khmeimim zwei wichtige Stützpunkte für seine Machtprojektion. Allerdings bedeutet das nicht das Ende der Präsenz Russlands in der Region. So bestehen über muslimisch-kaukasische und tatarische Politiker ausgezeichnete und belastbare Kontakte in den arabischen Raum, die weiter ausgebaut werden.

Eindeutiger Verlierer ist die Islamische Republik Iran. Denn mit Syrien fiel das wichtigste Bindeglied der sogenannten „Widerstandsachse“, einem antiisraelischen Netzwerk verschiedener Milizen und Gruppen, dessen wichtigste Mitglieder die libanesisch Hisbollah, der Palästinensische Islamische Dschihad und das syrische Regime waren. Ab 2014 kamen Einheiten der irakischen Volksmobilisierungseinheiten und die jemenitischen Houthis dazu. Die engsten Beziehungen bestehen zur Hisbollah, die als Teil des iranischen Regimes zu betrachten ist, die losesten zur HAMAS, die nie wirklich Teil der Widerstandsachse war. Gleichwohl stellte sich Revolutionsführer Khamenei am 7. Oktober 2023 sofort hinter die HAMAS und interpretierte ihr Vorgehen als legitimen Aufstand gegen die israelische Okkupation. Konkrete militärische Hilfe für die HAMAS im Gazastreifen konnte Teheran nicht bieten, iranische Versuche über Mittelsmänner moderne Waffen in die Westbank zu schmuggeln, konnten von den israelischen Sicherheitskräften bisher vereitelt werden.

Irans Hauptaugenmerk liegt jedoch bei der Hisbollah, der es bislang trotz schwerer Verluste gelang, sich gegen die israelische Armee zu behaupten und Nordisrael durch moderne, vom Iran proliferierten Raketen zu bedrohen. Der nach langen und schweren Kämpfen Ende November 2024 geschlossene Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah bedeutet nicht das Ende der Konfrontation, gibt aber diplomatischen Bemühungen eine reelle Chance. Zumal Teheran sich des Risikos, einer direkten Auseinandersetzung mit Israel, dem die USA beistehen werden, bewusst ist. So lassen sich die gegenseitigen Rake-

tenangriffe Irans und Israels, bei denen so gut wie keine Zivilisten zu Schaden kamen, als (vorläufigen?) Willen zur Einhegung der israelisch-iranischen Feindseligkeiten interpretieren.

Die strategische Stärkung Israels durch den Wegfall Syriens und der Widerstandsachse ändert nichts am Dreifrontenkrieg, dem das Land gegenübersteht, nämlich in Gaza, in der West Bank und im Norden zum Libanon. Trotz beinahe totaler Zerstörung des Gazastreifens und Massenerleds unter den Palästinensern sind die Israelis bisher nicht in der Lage, den Gazastreifen in ihrem Sinne vollständig zu pazifizieren. Außerdem wurde Israel für seine Kriegsführung im Gazastreifen nicht nur in der islamischen Welt hart kritisiert, Premierminister Netanjahu wurde sogar vom Internationalen Strafgerichtshof angeklagt. Diese Art internationaler Kritik wird weiter anhalten, zumal extremistische Kreise in Israel offen die Vertreibung der Palästinenser aus dem Gazastreifen verlangen und die Gewalt im Westjordanland zunimmt.

Die große Weichenstellung in der Region wird mit den ersten Initiativen des neuen Präsidenten Donald Trump stattfinden. Es ist unklar, wie stark der Druck sein wird, den die neue Administration auf Teheran ausüben will. Die Wahrscheinlichkeit robuster militärischer Maßnahmen, möglicherweise ein Regimewechsel, hat sich angesichts der relativen militärischen Schwäche sowie der großen wirtschaftlichen und internen Probleme der Islamischen Republik erhöht. Dazu kommt die teilweise kritische Lage an der Ostgrenze, die zur Konfrontation mit den Taliban führen kann.

Der gewählte Präsident Trump hat bereits die erste amerikanische Initiative eingeleitet und Fortschritte bei der Frage der israelischen Geiseln erzielt. Weitere Maßnahmen werden die Zukunft des Gazastreifens betreffen müssen, den israelische Extremisten besiedeln wollen, was vorderhand unwahrscheinlich scheint.

Sollte hier ein Durchbruch möglich sein, wird die Rolle Europas und der arabischen Regionalmächte für den Wiederaufbau und die politische Gestaltung des Gaza-streifens aktuell werden.

Die Perpetuierung und Stabilisierung des Waffenstillstands im Libanon entsprechend den Prinzipien der UN-Resolution 1701, insbesondere die Rückkehr der Armee des Libanon in den Süden des Landes, liegt im europäischen Interesse und sollte von der EU nach Kräften diplomatisch und politisch gefördert werden. Hierbei wäre vor allem die Bedeutung der UNIFIL durch die europäische Diplomatie auf internationaler Ebene zu betonen.

Richtungsentscheidungen im postsowjetischen Raum

Christoph Bilban

Mit der Amtsübernahme von Donald Trump am 20. Jänner 2025 erwarten viele Beobachter eine neue Dynamik im russischen Krieg gegen die Ukraine. Es ist unwahrscheinlich, dass Trump den Krieg wie angekündigt in 24 Stunden beenden wird. Aus seinem Umfeld gibt es Signale, dass vorerst die US-Unterstützung für die Ukraine weitergehen wird. Laut der Hohen Repräsentantin der EU, Kaja Kallas, ist die Europäische Union jedenfalls bereit, einen möglichen Ausfall der US-Hilfen zu kompensieren. Russlands Staatschef Wladimir Putin würde sich zwar mit Trump treffen, hat aber zugleich Verhandlungen in den kommenden Monaten ausgeschlossen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij wird also die Ukraine wohl vorerst in ein schwieriges, viertes Kriegsjahr führen. Kyjiw kämpft mit Rekrutierungsproblemen und den andauernden russischen Angriffen auf die Energieinfrastruktur des Landes, während Moskau weiter unter hohen eigenen Verlusten stetig vorrückt. Putin kann seine Position, insbesondere hinsichtlich der Kontrolle über die im September 2022 annektierten Gebiete in den Regionen Donezk, Kherson und Saporischschja noch verbessern. Die Ausgangslage für Verhandlungen ist derzeit

also aus ukrainischer bzw. westlicher Sicht nicht gegeben.

Für die weiteren Konfliktregionen im postsowjetischen Raum verheißen diese Entwicklungen nichts Gutes. Vom russisch-ukrainischen Krieg ist auch die Republik Moldau unmittelbar betroffen. Seit dem Ende des russischen Gastransits durch die Ukraine mit 31. Dezember 2024 sieht sich die abtrünnige Region Transnistrien mit einer massiven Energiekrise konfrontiert. Tausende Menschen müssen derzeit ohne Warmwasser sowie Gas zum Kochen auskommen. Die Stromproduktion wurde auf Kohle umgestellt, die Stromversorgung wurde rationiert und die meisten Industriebetriebe wurden vom Netz genommen. Damit lässt Moskau einen langjährigen Vassallen de-facto fallen, versucht die Schuld dafür aber der moldauischen pro-westlichen Regierung in Chisinau anzulasten. Eine Verschärfung der humanitären Lage in Transnistrien wird somit wohl auch Chisinau weiter unter Druck setzen. Die Republik Moldau hat sich hinsichtlich Strom- und Gasversorgung seit 2022 von Russland und Transnistrien weitgehend unabhängig gemacht, kauft aber nun zu Weltmarktpreisen ein. Somit besteht zwar keine Energiekrise, aber die nun steigenden Energiekosten wird Russland nutzen, um bei den kommenden Parlamentswahlen einen Machtwechsel hin zu einer prorussischen Regierung zu erreichen.

Im Südkaukasus hingegen, scheint sich Russlands Einfluss wieder zu festigen. Mit der Amtsübernahme des neuen Präsidenten Micheil Kawelaschwili kontrolliert die Partei „Georgischer Traum“ des Oligarchen Bidsina Iwanischwili nun die georgische Politik umfassend. Seit den Wahlen im Oktober 2024 protestieren pro-westliche Kräfte, werfen der Regierung Wahlfälschung vor und fordern Neuwahlen. Die abgelöste Präsidentin Salome Surabischwili erkennt daher auch Kawelaschwili nicht als ihren legitimen Nachfolger an. Die USA und einige EU-Staaten verhängten Sanktionen gegen diverse georgische Politiker. Der Druck von außen und von

der Straße scheint derzeit aber nicht auszureichen, um Georgien von seinem illiberalen Kurs abzubringen. Für Moskau ist die georgische Führung jedenfalls ein verlässlicher Partner gegen zu viel westlichen Einfluss im Südkaukasus. Die guten Beziehungen Russlands mit Aserbaidschan bleiben bestehen. Armeniens Premier Nikol Paschinjan hält rhetorisch an seinem pro-westlichen Kurs fest. Wesentliche Bereiche der Wirtschaft und des Lebens in Armenien sind jedoch nach wie vor unter russischer Kontrolle. Armenien wird die Eurasische Wirtschaftsunion auf absehbare Zeit nicht verlassen und auch Moskaus Militärbasis in Armenien steht außer Frage. Dazu kommt, dass Armenien und Aserbaidschan im Friedensprozess 2024 keine Einigung finden konnten und der Prozess wohl auch 2025 blockiert bleibt.

Unvollendeter Frieden am Westbalkan

Predrag Jureković

Die derzeitige hohe Instabilität des internationalen Systems stellt eine zusätzliche Herausforderung für die nicht abgeschlossene Friedenskonsolidierung auf dem Westbalkan (WB) dar. Im Kontext des Ukrainekrieges und der geopolitischen Auseinandersetzung mit dem Westen verstärkt sich die teilweise destruktive Einflussnahme Russlands auf diesen Teil Südosteuropas. Von den sechs WB-Ländern Albanien, Bosnien und Herzegowina (BiH), Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien bestehen vor allem innerhalb von BiH und Kosovo sowie zwischen Kosovo und Serbien noch offene Konfliktfragen, welche sich im Falle einer negativen Entwicklung wieder destabilisierend auf die gesamte Region auswirken könnten. Anders als in den Anfangszeiten der regionalen Friedensprozesse am WB in den frühen 2000er Jahren scheint Wladimir Putins Russland heute kein Interesse mehr an einer mit der EU und den USA akkordierten Politik zur Unterstützung von konstruktiven und kooperativen Lösungen für regionale Konflikte zu haben. Diesbezügliche Versuche der gemeinsamen EU-Außenpolitik, wie z.B. der aktu-

elle EU-Plan zur „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina oder die Stärkung der Funktionalität des multiethnischen Staates BiH im Rahmen der europäischen Integration werden von Russlands Repräsentanten am WB scharf kritisiert oder sogar propagandistisch bekämpft.

Auf politischen Widerstand Russlands stößt vor allem die Erweiterung der NATO, der Albanien, Montenegro und Nordmazedonien bereits beigetreten sind, sowie – insbesondere seit Beginn der militärischen Aggression auf die Ukraine – die „Perspektive“ der EU-Erweiterung auf dem WB. Immer kritischer beurteilen liberal-demokratische Kräfte am WB die Nachsicht Brüssels gegenüber nationalistischen Balkanpolitikern, die in den vergangenen Jahren nepotistisch-klientelistische Systeme perfektioniert haben und in ihren Ländern teilweise das demokratische System der Gewaltenteilung faktisch außer Kraft gesetzt haben. Für Russland und andere internationale Akteure, welche die Konsolidierungsziele der EU am WB nicht teilen, stellen solche autoritären Entwicklungen ideale Bedingungen für den Ausbau ihrer Netzwerke im Politik- und Medienbereich dar. Der Hauptfokus Moskaus liegt dabei auf Serbien, das trotz seines EU-Kandidatenstatus weiterhin eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West verfolgt, und dem separatistisch agierenden BiH-Staatsteil Republika Srpska. Aber auch im NATO-Mitgliedsland Montenegro befinden sich im antiwestlichen und serbisch-nationalistischen Spektrum politische Kräfte, die ihre Hoffnungen auf einen eindeutigen Sieg Putins im Ukrainekrieg setzen. Dadurch – so die für die regionale Stabilität sehr gefährliche Überlegung dieser nationalistischen Akteure – könnten ethnische und territoriale Fragen in der Region von Neuem „aktualisiert“ werden.

Aus der Perspektive der EU bedeutet der geopolitische Konflikt mit Russland eine deutliche Erschwernis für ihre Politik, die Friedenskonsolidierung am WB zu unterstützen. Umso wichtiger erscheint in die-

sem Zusammenhang die Durchsetzung einer glaubwürdigen und mittelfristig umsetzbaren Erweiterungspolitik der EU in Südosteuropa, mit klaren Akzenten in den Bereichen Demokratisierung und regionale Kooperation. Für die „Lösung“ offener Konfliktfragen am WB im Kontext von BiH und den weiterhin sehr angespannten Beziehungen zwischen Serbien und dem (albanischen Teil) des Kosovo wird eine akkordierte Politik zwischen Brüssel und Washington entscheidend bleiben. Die wahrscheinlich mit vielen außenpolitischen Herausforderungen behaftete Ära der zweiten Präsidentenperiode von Donald Trump könnte diesen Abstimmungsprozess erschweren.

Afghanistan und Pakistan

Markus Gauster

Die Region Afghanistan und Pakistan (AF-PAK) weist hohe Dynamiken im Hinblick auf Konflikt- und Wirtschaftsentwicklungen auf, die in Europa seit dem Abzug internationaler Truppen aus Afghanistan 2021 kaum mehr wahrgenommen werden. Zudem verdeckt der Krieg um die Ukraine seit 2022 und die erneute Eskalation im Nahen Osten seit 2023 die rasant verlaufende geopolitische und geoökonomische Neuordnung der Region um Afghanistan und Pakistan an der Schnittstelle von Zentral- und Südasien.

Die Taliban profitierten durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine in vielerlei Hinsicht: Sicherheitspolitisch, geopolitisch, geoökonomisch und diplomatisch. Die verstärkte Sicherheitspräsenz Russlands entlang seiner Südostgrenze, die sich im Sinne von Wladimir Putin bis nach Tadschikistan und anderen Teilen Zentralasiens erstreckt, stellt gleichsam eine direkte Verbindung zu Afghanistan her. Russland steht seitdem unter Druck, um jeden Preis neue geopolitische Allianzen schmieden zu müssen, was das rohstoffreiche Afghanistan (es werden dort Bodenschätze im Wert von bis zu einer Billion Euro vermutet) unter der neuen Taliban-Führung für Russland wieder an Relevanz

gewinnen lässt. Auf diplomatischer Ebene konnten sich die Taliban im Rahmen einer Anti-USA-Koalition seit 2022 besser vernetzen und auch ohne internationale Anerkennung ihr Handelsvolumen erhöhen. Der Druck von außen in Form massiver Sanktionen durch die USA und EU schweißt die heterogene Taliban-Bewegung zusammen. Die Bevölkerung Afghanistans bleibt jedoch nach dem (weltweiten) starken Anstieg der Lebensmittelpreise in Folge des Ukraine-Krieges und der zunehmenden Repression der Taliban weiterhin katastrophal unterversorgt. Insbesondere Minderheiten kämpfen um das tägliche Überleben.

Die Herausforderer der Taliban sind marginalisiert. Der „Islamische Staat in der Khorasan-Provinz“ (ISKP) kann die Taliban durch vereinzelte Anschläge nicht gefährden. Die Ausbeutung afghanischer Ressourcen durch China hat mittlerweile den Charakter einer „wirtschaftlichen Übernahme“ des Landes. Die substanzielle humanitäre und wirtschaftliche Unterstützung des Taliban-Regimes durch Russland und andere Staaten wie Katar, die den Taliban gleichsam ein Außenministerium in Doha gewähren, sorgt für einen wachsenden Staatshaushalt, der jedoch nach wie vor von einer Bürgerkriegsökonomie und Schattenwirtschaft profitiert.

Mittlerweile wird auch deutlich, dass Pakistan nur wenig vom Machtwechsel in Afghanistan profitieren konnte, obwohl es nach wie vor substanziellen Einfluss auf die Taliban-Führungsriege hat. Pakistan selbst befindet sich in einer schweren Wirtschaftskrise und ist zunehmend isoliert. Es verfolgt daher seit dem Beginn des Ukraine-Krieges einen neutraleren Ansatz in seinen Wirtschaftsbeziehungen als zuvor. Im Hinblick auf Pakistans steigende Abhängigkeit von China könnte das auch ein Abgehen vom bisherigen pro-westlichen Kurs bedeuten.

Die Rivalitäten zwischen Afghanistan und Pakistan betreffen insbesondere das transnationale paschtunische Großmacht-

streben und gehen in Richtung eines neuen bewaffneten Konfliktes. Mit der Machtübernahme der Taliban und dem Abzug internationaler Truppen aus Afghanistan wurde auch eine neue Terrorismus-Front gegen Pakistan eröffnet, die durch die Instabilität Pakistans verstärkt wurde. 2023 wurden dort deutlich mehr Anschläge (über 650) als in Afghanistan verzeichnet, wobei die Zahl auch 2024 angestiegen ist. Kurz- bis mittelfristig ist daher zu erwarten, dass die Anschläge gegen das Regime in Pakistan weiter zunehmen werden.

Die USA werden ihr Engagement in Afghanistan unter der neuen Präsidentschaft eher weiter reduzieren. In Pakistan werden die USA versuchen, stärker zu intervenieren, um China zumindest etwas zurückdrängen zu können. Die Erfolgsaussichten sind dabei gering.

Afrika

Gerald Hainzl

Das gegenwärtige Engagement externer Akteure in Afrika wird oft unter stereotypen Annahmen analysiert, bei denen afrikanischen Akteuren eine passive Rolle zugeschrieben wird. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang beispielsweise die Frage nach Ressourcen (vor allem jene für die Energiewende), die Verhinderung bzw. die Befeurung irregulärer Migration, aber auch „klassische“ Stellvertreterkonflikte. Darüber hinaus ist Afrika auch ein Markt für Sicherheitsfirmen, die im Wesentlichen der Regimestabilität dienen und dafür mit Ressourcen aus dem jeweiligen Land bezahlt werden bzw. die Interessen von externen Akteuren oder Firmen aus diesen Ländern zu schützen versuchen.

Aus Perspektive der EU sind die Konflikte im Sahelraum sowie am Horn von Afrika von besonderer Bedeutung, da sie unmittelbaren Einfluss auf die europäische Sicherheitslage haben können. Auch die Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) haben aus strategischer Sicht riesigen Einfluss auf weltweite Entwicklungen. Ohne Ressourcen aus der DRC, wie

z.B. Coltan, wird aus derzeitiger Perspektive eine weltweite Energiewende nicht möglich sein. Aber auch Staaten wie Mozambique oder Tansania mit großen Offshore-Gasvorkommen rücken in den Fokus des Interesses.

Zurzeit wirken sich die Verwerfungen im Sahel auf die EU nur bedingt aus. Eine Ausbreitung des lokalen bzw. regionalen Terrorismus auf europäische Staaten in größerem Ausmaß ist nicht erkennbar. Ebenso können die Ressourcen aus der Region durchaus anderweitig kompensiert werden. Was jedoch nicht außer Acht gelassen werden darf, sind die geopolitischen/strategischen Implikationen. Die Putsche in Mali, Burkina Faso und Niger und die Gründung der Alliance des États du Sahel (AES) stellen sowohl afrikanische internationale Organisationen wie die Economic Community of West African States (ECOWAS) vor politische Herausforderungen wie auch die EU, da sich Russland seit den nicht-konstitutionellen Machtübernahmen auf unterschiedlichen Wegen als Partner zu etablieren versucht. Gegenwärtig haben andere externe Akteure den russischen Ambitionen wenig entgegenzusetzen. Den neuen Führungseliten in den Putschstaaten geht es im Wesentlichen um die Stabilisierung ihrer Macht und den Kampf gegen bewaffnete Gruppen, die den Staat herausfordern und durchwegs unterschiedliche historische, ethnische und ideologische Hintergründe haben.

Die Auseinandersetzungen in Nordostafrika und am Horn von Afrika werden von den geopolitischen Verwerfungen ebenfalls beeinflusst. Eine Abstimmung im Sicherheitsrat der UNO, wo Russland mit seinem Veto eine Resolution zum Sudan verhinderte, ist eines der letzten Beispiele dafür. Das russische Ziel, einen Stützpunkt im Hafen von Port Sudan einzurichten und damit eine Basis im Roten Meer zu schaffen, dürfte einer der Gründe für diese Entscheidung sein. Damit könnte nämlich die Durchfahrt durch Bab al-Mandeb und den Suezkanal kontrolliert und gegebenenfalls gestört werden.

Hybride Bedrohungen als gegenwärtiger und zukünftiger Machtfaktor

Anton Dengg

Der totale Krieg ist in anderer Form als in der Geschichte verankert zurückgekehrt. Hybride Bedrohungen sind fixer Bestandteil in internationalen Konflikten. Akteure bedienen sich aller Mittel, um einen Staat oder ein Staatenbündnis zu beeinflussen. Die von der Europäischen Kommission 2016 beschriebenen Methoden diplomatischer, militärischer, wirtschaftlicher und technologischer Natur werden gezielt zur Machtherstellung, -festigung und zum -ausbau oder für weitere Zielsetzungen angewandt. Ging man früher davon aus, dass diese koordinierten Ansätze unter der Schwelle eines offiziell erklärten Krieges geschehen, so zeigt sich in den gegenwärtigen Krisen- und Kriegsgebieten, dass kriegsgerissten Handlungen zudem wesentlich durch hybride Maßnahmen unterstützt werden. Insbesondere technologische Mittel wie z.B. im Cyberraum nehmen dabei eine entscheidende Rolle ein. Falschinformationen und Halbwahrheiten, begünstigt durch Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz (KI), werden zukünftig im Kampf für einen Souveränitätsverlust eingesetzt. Deepfakes bilden dabei eine immer wichtigere Rolle. Hierbei werden Videos, Bilder oder Audiodateien von Personen technisch derart mit KI verfälscht, dass eine Manipulation selbst von Experten kaum mehr nachzuweisen ist. Laut einer Studie der Securityhero.io-Website sind gegenwärtig noch 98% aller Deepfake-Videos im Internet pornografischen Ursprungs. 2023 wurden in Summe nahezu 96.000 dieser Filmaufnahmen gezählt, die Steigerungstufe von 2019 bis 2023 betrug 550%. Mit einer starken Zunahme auch in anderen Bereichen ist zu rechnen.

So werden immer perfekter manipulierte Aufnahmen zur Diskreditierung verbreitet, finden aber in Bedrohungsszenarien noch zu wenig Beachtung. Erschwerend kommt hinzu, dass aufgrund der voranschreitenden technologischen Entwicklungen mit am „freien“ Markt erhältlicher

Software nahezu jeder und jede fähig ist, in kürzester Zeit derartige Videos zu produzieren. Unterschiedliche Szenarien sind denkbar und Täuschungsmanövern sind Tür und Tor geöffnet. Fest steht, Deepfakes werden mehr und mehr ein fixer Bestandteil von Desinformationskampagnen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird auch das Internationale Friedens- und Konfliktmanagement (IKKM) Engagement davon nicht ausgeschlossen sein.

Ableitungen

- ❶ Mit dem Sturz des syrischen Diktators Assad wurde der iranische Einfluss in der Region reduziert, ohne ganz zu verschwinden. Teheran wird sich an die neue Situation anpassen (müssen) und nur dann eskalieren, wenn die Iraner Anzeichen für eine echte Regime-wechselpolitik sehen.
- ❷ Der Wegfall Syriens als Frontstaat stärkt zwar Israel, es wurden dadurch aber die Probleme in der Westbank, an der libanesischen Grenze und im Gazastreifen keineswegs beseitigt. Das Rollback des Iran wird nur dann von Dauer bleiben, wenn das politische Narrativ geändert wird, indem die internationale Gemeinschaft, beginnend mit Gaza, den Palästinensern einen politischen Horizont eröffnet
- ❸ Ein Waffenstillstand in der Ukraine bleibt trotz aller Signale aus Moskau, Kyjiw und Washington schwierig zu erreichen, solange Russland die Einbindung der Ukraine in eine westliche Sicherheitsarchitektur (nicht zwangsläufig die NATO) verweigert, um somit der Ukraine und dem Westen eine strategische Niederlage zuzufügen. Russland besteht zugleich auf eine internationale Anerkennung seiner territorialen „Gewinne“, dem weder die Ukraine noch ihre westlichen Partner vollumfänglich zustimmen können.
- ❹ In Georgien wird sich 2025 zeigen, ob der „Georgische Traum“ eine illibe-

rale Demokratie etablieren kann. Für Russland würde damit der Einfluss im Südkaukasus weiter gestärkt. Bei den kommenden Parlamentswahlen in der Republik Moldau sollte ein besonderes Augenmerk auf einen sauberen Ablauf gelegt werden, um deren Legitimität abzusichern. Russland wird wahrscheinlich versuchen, mit hybriden Mitteln zu Gunsten pro-russischer Parteien zu intervenieren.

- ❶ Aufgrund der regionalen Fragilität des Westbalkans und geopolitischer Einflussnahmen bleiben die militärischen Friedensmissionen EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina und KFOR im Kosovo sicherheitspolitisch notwendig.
- ❷ Ein konkreter „EU-Beitrittsfahrplan“ für Albanien, Montenegro und Nordmazedonien bis 2030 hätte wahrscheinlich positive Spill-Over-Effekte für die Lösung offener Konflikte in den übrigen Ländern des Westbalkans.
- ❸ Sowohl die humanitäre als auch wirtschaftliche Wirtschaftskrise in Afghanistan und Pakistan setzten sich weiter fort. Beide Länder werden immer abhängiger von ausländischen Mächten, insbesondere China verfügt dabei über entsprechende Hebel und Stabilitätsinteressen. Der bisherige Ansatz der USA und der EU im Hinblick auf das Taliban-Regime funktioniert nicht. Demnach könnte ein Strategiewechsel in Form eines pragmatischeren Umganges mit den Taliban Bedingungen schaffen, um die Menschenrechtssituation zu verbessern. Es besteht zudem eine mittel- bis langfristig erhöhte Bedrohung Europas durch den internationalen Terrorismus, der in Afghanistan nach wie vor Rückzugs- und Formierungsorte vorfindet.

- ❹ In der Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten bzw. nicht-staatlichen Akteuren gibt es zwei konkurrierende westliche Denkschulen. Eine will die Zusammenarbeit mit jenen Staaten reduzieren, die eng mit Russland kooperieren, während die andere das Feld Russland nicht so einfach überlassen möchte. Eine dritte Möglichkeit wäre eine interessenbasierte Politik, die bei gemeinsamen Interessen die Zusammenarbeit nicht ausschließen würde.

- ❺ Die Notwendigkeit für alternative Energien bzw. die Kompensation und Diversifikation von Ressourcenlieferanten wird für die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf absehbare Zeit ein wesentlicher Treiber für die Beziehungen mit afrikanischen Staaten sein. Zusätzlich wird Migration, irregulär wie regulär, in den kommenden Jahren auf der Agenda bleiben.

- ❻ Nur durch Maßnahmen, die von allen EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam getragen und koordiniert werden sowie taktisch, operativ und strategisch auf hohem Niveau durchgeführt werden, ist gegen Deepfakes eine entsprechende Resilienz im Sinne eines adaptierten österreichischen umfassenden Landesverteidigungsplans aufzubauen. Innovationen zur Identifizierung von Deepfakes sind zu forcieren.

- ❼ Deepfakes werden zunehmend ein fester Bestandteil der Desinformationskampagnen von insbesondere autoritären bzw. anti-demokratischen Staaten. Überlegungen sind daher nicht nur hinsichtlich Möglichkeiten eines defensiven, sondern ebenso eines offensiven Ansatzes anzustellen, inklusive zukünftiger Einsätze im Rahmen des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements.

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber: Republik Österreich / BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Copyright: © Republik Österreich / BMLV / Alle Rechte vorbehalten

Druck: ReproZ W 25-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk